

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6499
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Der Parteitag in Leipzig. — Die Beitragseinzahlung in der Invalidenversicherung. — Gasbeleuchtungsmonopol für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. — Die „faulen“ Straßenreiner Leipzig. — Die Arbeiter der Stadt Köln in der Defensive? — Endlich ein Arbeiter-Ausland in Tilsit. — Organisation und Löhne der Gemeindegewerkschaft im Staat New York. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908. — Weberbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher.

Der Parteitag in Leipzig.

Die verfloßene Woche stand unter dem Wahrzeichen des deutschen sozialdemokratischen Arbeiterparlaments. Zieht man eine Parallele mit dem zentrumsfeindlich wenige Tage vorher abgehaltenen Katholikentag in Breslau, so wird man recht deutlich gewahr, daß die sozialdemokratische Partei die einzige Arbeiterpartei in Deutschland ist, und daß es für den aufgeklärten Arbeiter gar keine andere Alternative geben kann, als die Vertretung seiner politischen Interessen in die Hände der allein berechtigten Arbeitervertretung der Sozialdemokratie zu legen.

Während die Zentrumsherren in Breslau geradezu ängstlich bemüht waren, ihre politische Haltung bei der verruchten Steuerplünderung des deutschen Volkes zu verdeckeln, verhandelte man in Leipzig in aller Öffentlichkeit über die eventuellen Möglichkeiten, den herrschenden Klassen die Schröpfung zu erleichtern. So einig man sich dabei war, jedwede indirekte Steuer mit allen anwendbaren Mitteln zurückzudrücken, so kompliziert konnten sich die Dinge gestalten, wenn die Regierung bei den Konservativen mit der Erbschaftsteuer mehr Glück gehabt hätte und alsdann die sogenannte Modopolitik liberal konservativer Faarung das Steuerbündel diktierte. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen, und so haßte der Leipziger Debatte über die Bewilligung der direkten Steuern ein wenig das Odium einer „Wenn und Aber“ Diskussion an. Einig war sich aber der Parteitag darin, daß gegen die bisherige Haltung der Reaktion nichts einzuwenden sei, wenigstens auch unsere, in Nr. 37 bereits vertretene Anschauung Befürworter fand, wozu eine größere agitatorische Ausnutzung der Situation am Platze gewesen wäre.

Es ist jedoch noch nicht zu spät, in umfassendem Maße für Aufklärung zu sorgen und auf das volksfeindliche Treiben des Schnapsbrotts hinzuwirken. Alle bisherigen Reichstagsnachwahlen zeigen unverkennbar, wie mächtig, wenn auch ungewollt, unsere Gegner für uns gearbeitet haben.

Aber der Leipziger Parteitag hat uns weitere Waffen geschnitten, die wir nun freilich nicht zum Verrosten in die Ecke stellen dürfen! Wir meinen den Schnapsbrot!

Schon der Essener Parteitag 1907 hatte zum energischen Kampf gegen den Alkoholmißbrauch angeleitet.

Die äußerst beachtenswerten Abfäße dieser Resolution lauteten:

„Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholhaltiger Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahrt, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitte zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.“

Dieser allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfahrt führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterklasse, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß, Erholung und Freude zu finden.“

Mit diesem Appell an die Vernunft allein konnte es aber nicht getan sein. Wohl haben wir und mit uns die gesamte Arbeiterpresse fortgesetzt den obigen Grundfäßen das Wort geredet. Ein anderes ist es jedoch, wenn auch die politischen Motive mit einbezogen werden können im Kampfe gegen den Alkohol. Und da ist die vom Leipziger Parteitag einstimmig angenommene Resolution eines Schnapsbrotts geeignet, eine starke Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats zu werden. Sie lautet:

„Die von der agrarisch reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer beugt einen großen Teil des durch die wahnsinnige Rüstungspolitik verursachten Einnahmebedarfs des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Ausgleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinrinker ein jährlicher Extraprofit von über fünfzig Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verbrecherischen Vollauswechierung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu verhindern. Die Parteioorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischster Weise zur Durchführung zu bringen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, wird die nötige Propaganda zur Durchföhrung dieses Beschlusses geleistet, so werden nicht nur die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen davon großen Vorteil haben, sondern es wird den Schnapsrinkern auch schwer werden, ihre Liebesgaben weiter einzubringen, wie das bisher in so ansäglichem Maße der Fall war. Im Jahre 1907/08 betrug das festgelegte Kontingent rund 23 Millionen Hektoliter Alkohol, während tatsächlich produziert wurden 1 Millionen und konsumiert 3981900 Hektoliter. Gelingt es nun, den Konsum so stark herabzudrücken, daß nicht mehr als 23 Millionen Hektoliter getrunken werden, so vermindert die Liebes-

lidung" der Arbeiterversicherung, wie die Reichsversicherungsordnung sie bringt, daß nicht einmal hier die Einbeithlichkeit geschaffen werden soll. Offenbar will man auch hier den Unternehmern und besonders den Apatariern nicht wehe tun, die sich trotz der größeren Belastung, die mit dem gegenwärtigen System untrennbar verbunden ist, gegen das Einzugsverfahren sträuben. Sie wissen eben, daß es dann etwas genauer genommen würde, als es jetzt geschieht, wo die Versicherungsanstalten nicht viel mehr tun können, als aber die Beitragsminderungen der Staatserhaltenden zu klagen. Aber warum sollte das Privileg unserer Grundbesitzer, ihren Reichtum aus dem Elend der Armen zu mehren, gerade auf diesem Gebiete durchbrochen werden?

Wenn die größten Auswüchse der Armutentlastungspaltung jetzt beseitigt, der Kreis der gegen Krankheit Versicherten mit dem Invalidenversicherungspflichtigen so ziemlich in Übereinstimmung gebracht werden soll, dann muß das obligatorische Einzugsverfahren die notwendige Folge dieser Verbesserungen sein. Namentlich, wenn man bedenkt, daß die Invalidenversicherung durch Angleichung der Hinterbliebenenversicherung noch bedeutungsvoller gestaltet werden soll. Da auch ferner die Anwartschaft auf Rente usw. und deren Ausmaß von dem Nachweis der Beitragsleistung und ihrer Höhe abhängen soll, haben die Versicherten das lebhafteste Interesse daran, daß die Beiträge prompt und in der richtigen Klasse entrichtet werden. Sonst wird es auch fernerhin ja bei den erhobten Beiträgen noch mehr Personen geben, deren an sich berechtigte Hinterlassungsansprüche abgelehnt werden müssen, weil der Unternehmer vergeblich hatte, die Beiträge zu bezahlen. Mit dem Versuchsprüfung nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird der Schaden auch nur schwer zu beuten sein; namentlich, wenn es sich um den Nachweis einer größeren Reihe schuldhafter Arbeitgeber handelt, oder wenn die Schuldigen zahlungsunfähig sind. Dazu kommt, daß nach neueren Entscheidungen man auch den geschädigten Arbeiter selbst, da er es schuldhaft unterlassen habe, sich zur rechten Zeit um die ihm zustehende Beitragseinstellung des Unternehmers zu kümmern, wenigstens zum Teil für den Schaden mitverantwortlich macht und seinen Rentenanspruch gegen den Unternehmer entsprechend vermindert. Allen diesen einer Sozialversicherung unzulässigen Nebelständen kann durch die einzig sachgemäße Form des Einzugsverfahrens am sichersten Einhalt getan werden.

Gasbeleuchtungsmonopol für das rheinisch-weisfälische Industriegebiet.

Nach wie vor ist die Stadtverwaltung von Essen-Mühlre befreit, die städtische Gasanstalt außer Betrieb zu setzen. Die Stadt Essen bezog schon seit Jahren ungeheure Mengen von Gashengas und hatte im Jahre 1907/08 einen Gasverbrauch von rund 55.000 Kubikmeter Maximal und 25.000 Kubikmeter Minimal in 24 Stunden. Dieses Quantum ist zur Hälfte auf der städtischen Gasanstalt und zur anderen auf der Zeche „Victoria Mathias“ hergestellt worden. Bereits im Jahre 1908 hat man noch je eine Leitung von den Zechen „Ernestine“ und „Carolus Magnus“ nach der Stadt legen lassen, um auch von diesen Zechen Gas bezogen zu können. Die Gasarbeiter, deren Entzug durch diese eigentümliche Monopolpolitik vermindert wird, wandten sich deshalb an den Oberbürgermeister Halle mit der Frage:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Oberbürgermeister zu ergreifen, wenn durch eine eventuelle Umgestaltung der Gasproduktion weitere Arbeiterentlassungen vorgenommen werden?“

In der Antwort erklärte der Oberbürgermeister u. a., an Arbeiterentlassungen denke die Stadt noch nicht, die Sache sei noch nicht spruchreif. Im nächsten Jahre (1909) sollten erst die Gutachten über das Gashengas eingeholt werden und wenn diese gut ausfallen, dann hätten sich Arbeiterentlassungen nicht vermeiden. (Siehe auch „Gewerkschaft“ Nr. 17, Jahrgang 1908.) Diese Gutachten sind nun eingeholt und sollen zu vollen Zufriedenheit der Stadtverwaltung ausgefallen sein. Als Gutachter waren beauftragt Herr C. Werner, Ingenieur, Direktor der Dortmund-Münster-Gesellschaft für Gasbeleuchtung in Dortmund und Herr Dr. St. Puntke, Professor an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. Hier sei nur nebenbei bemerkt, daß ersterer Alttonnar der oben genannten Zechen ist. Diese beiden Herren hatten zu prüfen:

1. Ob reines Molekengas ohne Mischung mit Stickstoffgas den Anforderungen, die an ein Gas für Privatentzug gestellt werden müssen, genügt und welche Mindestzahl von Wärme-Einheiten als unterer Heizwert des Gases gefordert werden muß.

2. Ob die technische Möglichkeit vorliegt, die Essener Gasversorgung in den Rahmen der unzulässigen Versorgung des ganzen Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets durch Molekengas einzufügen.

Zur Beantwortung dieser beiden Fragen hat man eine dreiwöchentliche Untersuchung des Gashengases vorgenommen, und zwar auf der Zeche und Versuchsgasanstalt des „Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern“ in Karlsruhe. Ferner sind die Betriebseinrichtungen der Zechen „Victoria Mathias“, „Ernestine“ und „Carolus Magnus“, als auch der städtischen Gasanstalt besichtigt worden.

Die Zeche „Victoria Mathias“, welche schon seit vier Jahren Gas nach der städtischen Gasanstalt liefert, besitzt im ganzen 65 Kessel, und zwar 35 Regenerativkessel und 30 Abzügekessel. Diese 65 Kessel haben eine Leistung von 25.000 Kubikmeter Maximal und 10.000 Kubikmeter für die Stadt verwirklichtes Gas. Die Zeche hat für eine lange Periode Zeit ausreichende geeignete Mühlen, so daß die Gaszufuhr geändert erlischt. Die ständige Bereitstellung eines für 6 Wochen ausreichenden Mühlenvorrates für eventuelle Streitfälle erscheint wünschenswert.

Die Gasabgabe an die Stadt war bisher sehr schwach. Die Höchstmenge, welche von der genannten Zeche abgegeben wurde, betrug 25.000 Kubikmeter. Im ganzen wurden im Jahre 1906 abgegeben 5.101.160 Kubikmeter; im Jahre 1907 6.068.300 Kubikmeter. Das Jahr 1907 zeigt also eine Zunahme von 1.000.000 Kubikmeter oder rund 20 Proz. Die Motoren „Ernestine“ und „Carolus Magnus“ können Maximal 23.000 Kubikmeter an die Stadt abgeben. Die Kessel sind mit zwei Vorlagen und zwei getrennten Dampfzweigen versehen. Durch umlegbare Stappen kann jede Motorenmaschine mit jeder Vorlage verbunden werden, so daß die Abgabeleistung und die Apparatur, welche zur Reinigung und zum Weitertransport des für die Stadt bestimmten Gases dienen, nur zu bestimmten Destillationsperioden mit den das gute Gas erzeugenden Maschinen verbunden sind. Die Kontrolle über den Heizwert des Gases wird durch ein registrierendes Malometer ausgeübt. Die Reinigung des Gashengases von Teer und Ammoniak, als auch das Abstreifen des Gashengases in der Reinigung des städtischen Gaswerks von Coan und Schwefelwasserstoff gereinigt wird.

Die Eisenanlage der städtischen Gasanstalt besteht aus 16 Vollgeneratorkessel mit je neun Retorten. Die Leistungsfähigkeit eines Kessels beträgt 2000 Kubikmeter in 24 Stunden. Mithin können mit allen Kesseln rund 30.000 Kubikmeter Gas in 24 Stunden hergestellt werden. Unter den verschiedenen Reinigungsapparaten sind sechs Reingehälte vorhanden, von denen drei das auf der Gasanstalt produzierte Gas reinigen, während die beiden anderen, wie schon oben erwähnt, das Gashengas reinigen. Die Mischung des von den Zechen bezogenen und des selbst hergestellten Gases kann nach Wahl der Betriebsleitung in drei Gasbehältern erfolgen. Daraus wird der Schluß gezogen, daß das Gas immer in nahezu gleicher Weise und Qualität in die Stadt geschickt werden kann.

Die Untersuchung des Gashengases durch die Versuchs- und Versuchsanstalt zu Karlsruhe ergab einen oberen Heizwert von durchschnittlich 5750 WE.

Ueber die sonstige Beschaffenheit des Gashengases, wie es dem Gaswerk geliefert wurde, liegen eine Reihe weiterer Beobachtungen vor, welche das Gashengas keineswegs minderwertig gegenüber dem Stickstoffgas erwidern lassen, insbesondere in bezug auf Schwefelwasserstoff, Molekulargewicht und Stickstoffgehalt.

Auf Grund der Untersuchung und sonstigen Unterlagen kommt man nun zu dem Resultat, daß das an das Gaswerk Essen abgehende Gashengas den Anforderungen entspricht, welche man nach dem Stand der heutigen Gasindustrie an ein für die Versorgung einer Stadt bestimmtes Gas stellen muß. Ein solches Gas soll einen oberen Heizwert von nicht unter 5000 WE pro 1 Kubikmeter bei 700 Millimeter Druck haben; soll frei von Schwefelwasserstoff sein und nicht mehr als 2 Proz. Molekulargewicht und 5 Proz. Stickstoff enthalten. Die durchgeführten Untersuchungen haben ergeben, daß der obere Heizwert des Gases stets über 5000 WE pro Kubikmeter geblieben ist; ebenso sind die oben angeführten Abstände für Molekulargewicht und Stickstoff nicht wesentlich überschritten. Daraus ist die Frage schon beantwortet, nämlich, daß reines Gashengas ohne Mischung mit Stickstoffgas den Anforderungen entspricht, die an ein Gas für Privatentzug gestellt werden müssen.

Die zweite Frage wird dahingehend beantwortet, daß technische Schwierigkeiten wegen der Eingliederung der Gasversorgung

Die durch die neuen Steuern bewirkte weitere Verteuerung der Lebenshaltung im Verein mit der Tatsache, daß ohnehin die Lebensverhältnisse der städtischen Arbeiter keine glänzenden sind, werden die Kollegen drängen, aber kurz oder lang mit neuen Forderungen an die Stadtverwaltung heranzutreten. Sie werden hierzu um so mehr Verantwortung nehmen, als die Frimbern und Genossen, die im Reichstage die neuen Steuern schufen, im Mölner Stadtparlamentarium die Mehrheit haben.

Es bleibt dabei: die städtischen Arbeiter in Möln, die sich zur Zeit in der Verteidigungstellung befinden, werden in nicht allzuferner Zeit wieder zum Angriff übergehen. Zeigen wir, daß die Präsenz geschlossen werde. Darum auf, Mölner Kollegen, zur tätigen Mitarbeit für unseren Verband. Ab.

Endlich ein Arbeiter-Ausschuß in Tilsit.

Am vergangenen Jahre forderten die Tilsiter Gasarbeiter die Errichtung eines Arbeiterausschusses. Ende Januar 1909 sagte die Stadtverwaltung die Erfüllung dieses Wunsches zu, dann aber schenkte die Sache einmischeln zu sein. Jetzt endlich, nach beinahe Jahresfrist, erhalten die Arbeiter ihren Ausschuß, der Magistrat hat sich also zur Ausarbeitung eines Reglements für den Ausschuß veranlaßt Zeit gelassen. Dabei trifft leider das Sprichwort nicht zu: „Was lange währt, wird gut.“ Das Reglement trägt das Datum vom 29. Mai 1909, und im September erst erfolgte nach diesem Reglement die Wahlen; vielleicht hat der Magistrat doch Bedenken gehabt, das Reglement in der jetzigen Fassung herauszugeben, das weder von sozialem Verständnis noch von liberaler Gesinnung zeugt.

Man behauptung der Liberalen wie auch nach unserer Ansicht soll ein Arbeiterausschuß das konstitutionelle System im Bereiche darstellen, er soll eine Interessenvertretung der Arbeiter sein. Das setzt aber voraus, daß man die Zusammensetzung und Wählbarkeit zum Ausschuß im liberalen Sinne gehalten. Dies ist aber hier nicht der Fall. Man hat die Arbeiter nach Betrieben in acht Abteilungen geteilt, für den Fall der Übernahme der Stabsvernehmung durch die Stadt ist noch eine neunte Abteilung vorgezogen. Jede Abteilung hat je einen Vertreter und Erbsmann zu wählen, bloß dem Gaswerk hat man einen Mann mehr zugewilligt. Gewählt können nur solche Kollegen werden, die mindestens zwei Jahre in städtischen Diensten stehen. Die Folgen dieser Bestimmungen lassen sich so recht an einem Beispiel zeigen. Vom Parant sind drei Kollegen wählbar, von denen nun zwei, Vertreter und Erbsmann, in den Ausschuß „gewählt“ werden sollen. Die drei „Wählbaren“ sind ältere Kollegen, die sich keinen würden, wenn man sie in Ruhe lassen möchte. Man sieht, hier wird mit dem Worte Wahl geradezu Mißbrauch getrieben. Vertreter und Erbsmänner müssen auf gesonderten Stimmzetteln namhaft gemacht werden, so daß Verwechselungen der Personen gar nicht ausbleiben können.

Beizweden gegen die Rechtschaffenheit der Wahl sind binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses anzubringen; das Wahlergebnis wird aber im Rathaus ausgehänget, anstatt in den Betrieben. Anlaß zur Beschwerde liegt nach unserer Meinung bereits vor, sollen nun die Arbeiter jeden Tag nach dem Rathaus laufen und sehen, ob das Wahlergebnis ausgehängt ist, damit sie die Beschwerde nicht verpassen?

Mit der Befreyung in eine andere Abteilung scheidet der Betreffende aus dem Ausschuß. Wer also sein Amt ermit aufseht, kann nach dieser Bestimmung jederzeit aus dem Amte entfernt werden. Der Ausschuß wählt zwar aus der Mitte seiner Mitglieder das Bureau, daneben sollen aber die Magistratsvertreter auch das Recht haben, jederzeit den Vorsitz übernehmen zu können. Diese Bestimmungen erinnern uns an den Gaunert eines kleinen Dorfes, der auch, um die Mode mitzumachen, amoncierte: „An dem und dem Tage Tanzmusik bei stark besetzter Kapelle“. Er hatte aber nur einen Koverkassiermann, die anderen Musiker waren an die Wand gemalt.

Die anderen Bestimmungen des Reglements entsprechen ganz dem Geiste der vorerwähnten. Sie zeigen, daß der Ausschuß nach einem bekannten Auspruch des Geheimrats Solger wohl „weiche Salbe“ sein soll. In diesen Bestimmungen liegt für die Arbeiter geradezu der moralische Pfand, sich zu organisieren. Denn ohne Organisation kann dieser Ausschuß nur ein totes Dekorationsstud sein.

Eine Rechtschaffenheit, und zwar die Vornahme der Wahlen, soll nicht unerwähnt bleiben. In der Woche vom 6. bis 11. September wählte eine Abteilung. Vom 13. bis 18. September eine

zweite, und soweit uns bekannt geworden ist, wählt in der Woche vom 20. bis 25. September eine dritte. Wenn das etwa so weiter gehen soll, so dürfen unvorhergesehene Zwischenfälle nicht wesentlich eintreten, sonst bringt man den Ausschuß bis Weihnachten nicht unter Dach.

Gleichzeitig wollen wir hiermit an die Stadtverwaltung eine Anfrage richten. Stadtverwaltungen als Behörden und Arbeitgeberinnen sollten die wenigen für die Arbeiter geschaffenen Gesetze respektieren. Für die Arbeiter ist aber das wichtigste davon das Koalitionsrecht. Dies will aber der Gasmeister stücker den Arbeitern rauben. Vor einigen Tagen erklärte der Herr, er habe den Auftrag, den „Verbandsbrüdern“ zu kündigen und nannte dabei vier Kollegen mit Namen. Ein anderes Mal wieder: „Die Verbandsbrüder müssen rausgeschmissen werden, mit dem Direktor habe ich darüber schon gesprochen“. Wir glauben mit unserer Veröffentlichung dem Magistrat Gelegenheit zu geben, die benannten Tatsachen zu untersuchen und die Beamten anzuweisen, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter zu respektieren haben. Herr Oberbürgermeister Pohl achtet dem gesamten Magistrat will sicher nicht, daß die Beamten in dem besagten Sinne verfahren sollen.

Organisation und Löhne der Gemeindearbeiter im Staat New York.

Das Arbeitsamt im amerikanischen Bundesstaate New York berichtet alljährlich über die Stärke der in diesem Staate befindlichen gewerkschaftlichen Organisationen sowie über die Höhe der Löhne ihrer Mitglieder. Die betreffenden Statistiken werden jedoch verhältnismäßig spät ausgegeben, was ihren Wert beeinträchtigt; so erschien z. B. die Statistik für 1907 erst im laufenden Jahre.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in New York betrug zu Ende des Berichtsjahres 1907 - d. i. am 30. September - 496 792, worunter sich 11231 Frauen befanden; 1906 sind 398 491, 1905 383 236, 1904 291 676 Mitglieder gezählt worden. In den beiden letzten Jahren, 1905 und 1906, ging die Mitgliederzahl wieder etwas zurück. Auf den Staat New York kommt nicht ganz ein Aunittel aller in den Vereinigten Staaten überhaupt gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die New Yorker Gemeindearbeiterorganisationen und ihre Mitgliederstärke im März und September 1907 sind in der folgenden Tabelle angegeben.

Bezeichnung der Gewerkschaften	Mitgliederzahl	
	März	Sept.
United Bridge Tenders of the City of New York (Brückenwärter, Ortsverein Nr. 1988 der Ritter der Arbeit)	68	69
United Teamsters of America, Local Union 656 (Kutschenabfuhrer, Ortsverein des ameril. Arbeiterverbandes, New York-Stadt)	351	1200
International Union of Pavers etc., No. 42 (Straßen- vorarbeiter, Mitgliederzahl 42 des Pflasterer- verbandes, Stadt New York)	72	72
Highway Laborers' Protective Union (Straßen- arbeiter, Ortsverein 12324 des ameril. Arbeiter- bundes, Stadt New York)	305	397
Hospital Employees' Association (Spitalspersonal- verband)		
Ortsverein Buffalo	53	59
Ortsverein Middletown	25	25
Ortsverein Rochester	40	24
Gardeners' and Florists' Union of Greater New York (Gärtner von Groß-New York, Ortsverein 11984 des ameril. Arbeiterbundes)		81
Park Employees' Protective Association (Park- arbeiter, Ortsverein 11829 des ameril. Arbeiter- bundes) in Brooklyn	30	20
Park Employees' Protective Union (Parkarbeiter, Ortsverein 12044 des ameril. Arbeiterbundes) in Manhattan, Stadt New York	103	36
Kings County Water Employees (Wasserwerks- arbeiter, Ortsverein 1714 der Ritter der Arbeit, Brooklyn)	80	100
Zusammen	1127	2092

Aus der Tabelle geht hervor, daß bei den meisten Vereini- gungen die Mitgliederzahlen im Laufe der letzten Zeit vom März bis September 1907 sehr erheblich waren.

Ein Verein des Spitalpersonals in der Stadt Utica und ein Verein der Straßenlehrer im Bezirk Manhattan der Stadt New York, die noch im März 1907 bestanden, existierten im September desselben Jahres nicht mehr. Sie sind deshalb hier außer acht gelassen.

Wie in diesem Blatt bereits gemeldet wurde, ist in den Vereinigten Staaten ein einheitlicher Zentralverband der Gemeindearbeiter nicht vorhanden. Um die Zerstückelung wenigstens teilweise zu beheben, wurde 1907 zu Boston die Federation of State, City and Town Employees Unions gegründet — ein Verband von Gewerkschaften —, doch war nicht festzustellen, ob New Yorker Gemeindearbeiterorganisationen dem Verband angehören.

Die tatsächlichen Arbeitsverdienste (nicht die nominellen Löhne) sind für das erste und dritte Vierteljahr 1907 verzeichnet und ist es am besten, sie in tabellarischer Form zu veranschaulichen, was nachfolgend geschieht. Zu bemerken ist jedoch, daß von den Straßenvorarbeitern Angaben für das erste Vierteljahr fehlen und daß von den Aktenabführern im ersten Vierteljahr nur 329 über ihre Verdiensthöhe berichteten. Es verdienen:

	75 149 150 224 225 Doll.	75 149 150 224 225 Doll.	75 149 150 224 225 Doll.
	Dollars	Dollars	oder mehr
	Zahl der organisierten Arbeiter		
Im ersten Vierteljahr 1907			
Brienenwärter, New York-Stadt . . .	—	—	68
Aktenabführer, " " " " . . .	50	279	—
Straßenarbeiter, " " " " . . .	305	—	—
Spitalpersonal, Buffalo	33	20	—
" Middletown	16	8	1
" Rochester	35	5	—
Parlarbeiter, Brooklyn	24	—	—
" Manhattan	13	12	43
Wasserwerksarbeiter, Brooklyn . . .	—	55	25
Im dritten Vierteljahr 1907			
Brienenwärter, New York-Stadt . . .	—	—	69
Aktenabführer, " " " " . . .	—	1200	—
Straßenvorarbeiter, New York-Stadt .	—	7	65
Straßenarbeiter, " " " " . . .	397	—	—
Spitalpersonal, Buffalo	36	19	4
" Middletown	16	8	1
" Rochester	16	7	1
Gärtner, New York-Stadt	—	—	81
Parlarbeiter, Brooklyn	22	6	1
" Manhattan	—	8	28
Wasserwerksarbeiter, Brooklyn . . .	—	70	30

Von den organisierten Parlarbeitern in Brooklyn (Stadtteil von New York) sind im ersten Vierteljahr 6, und von den Parlarbeitern in Manhattan (alterer Teil von New York-Stadt) 5 die ganze Zeit hindurch arbeitslos gewesen.

Weibliche Personen befinden sich nur unter dem Spitalpersonal.

Lohnerhöhungen erlangten im Verwaltungsjahr 1907 257 organisierte Straßenarbeiter, deren Tageslohn von 2 Dollar auf 2,25 Dollar erhöht wurde und 109 organisierte Wasserwerksarbeiter, die eine Lohnerhöhung um 50 Cents pro Tag (von 2 Dollar auf 2,50 Dollar) durchsetzten.

Das Material wurde dem Arbeitsamte von den Gewerkschaften selbst geliefert, so daß man seine Richtigkeit voraussetzen darf.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1908.

I. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Der Umfang und Erfolg der Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird in erster Linie bestimmt durch die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Mit der zunehmenden Ausdehnung der Gewerkschaften mehren sich naturgemäß auch die Zahl der Lohnbewegungen, die in Erkenntnis ihrer Abhängigkeit kehrten und, sich eine höhere Lebenslage zu erlangen. Und diese Bemühungen werden in um so größerem Maße von Erfolg begleitet sein, je fester die finanzielle Vermögenslage der Gewerkschaften ausgeht.

Eine Anzahl wird aber auch der Föhlung von Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erheblich beeinflusst durch den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Konjunktur. Mit dem Aufsteigen der letzten wirtschaftlichen Prosperitätsperiode, die zu gleich im Süden bestanden, steigender Lebensmittelpreise stand, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl und der Umfang der stattge-

fundenen Bewegungen, die im Jahre 1906, dem Jahre der höchsten Produktionsentfaltung, ihren Höhepunkt erreichten.

Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Mein Wunder! — Wurde doch das Jahr 1908 gekennzeichnet durch die tiefste Kurve des wirtschaftlichen Niederganges, welcher eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Während die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine starke Abnahme erfahren hat, ist andererseits die Zahl der Bewegungen gestiegen, die entworfen sind, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeiter das Jahr der wirtschaftlichen Krisis in erhöhtem Maße benutzten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es zeigt von dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, daß es diesen nicht allein möglich war, die Verschlechterungen erfolgreicher zurückzuweisen zu können als im Krisenjahr 1901, sondern noch darüber hinaus, trotz der ungünstigen Verhältnisse Erfolge in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Zahl der Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung beträgt im Jahre 1908 5837. Im Jahre 1907 fanden dagegen 8053 Bewegungen statt. Es ist demnach ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen von 2216 gleich 27,5 Proz. eingetreten. Doch ist die Zahl der Bewegungen noch höher als im Jahre 1905, welches 5659 Bewegungen aufwies.

An 3607 Stellen gleich 61,7 Proz. vollzogen sich die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und waren daran 419 131 Personen beteiligt.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 331 Beteiligten der Erwirkung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1907 um 1742 gleich 36,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 106 304 gleich 21,0 Proz. zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 282 gleich 106 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen gar um 30 563 gleich 171,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 1655 Fällen gleich 54,2 Proz. mit 122 981 Beteiligten gleich 30,6 Proz. erfolgreich, in 929 Fällen gleich 30,7 Proz. mit 168 495 Beteiligten gleich 42,0 Proz. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 56 Beteiligten erfolglos. 83 Bewegungen waren am Jahresidulß nicht beendet und von 10 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Diese 93 Bewegungen zählten 18 702 beteiligte Personen. Von den 548 Abwehrbewegungen war der Ausgang in 435 Fällen gleich 79,3 Proz. mit 36 491 Beteiligten gleich 76,8 Proz. erfolgreich, in 52 Fällen gleich 9,5 Proz. mit 3205 Beteiligten gleich 6,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 894 Beteiligten erfolglos. Sowohl die Angriffs- wie auch die Abwehrbewegungen endeten im Jahre 1908 ungünstiger als in dem Vorjahre. Zu merken ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch im Jahre 1908, trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, außerordentlich große sind, demgegenüber die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 50 Verbände beteiligt. Die Ausgabe betrug 79 637 Mk.

II. Die Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Ingefahr in dem gleichen Verhältnis wie ein Rückgang der Bewegungen im allgemeinen eingetreten ist, hat sich auch die Zahl der im Jahre 1908 stattgefundenen Arbeitskämpfe — Streiks und Ausperrungen — gegenüber dem Jahre 1907 vermindert. Es fanden statt 2652 Arbeitskämpfe, dagegen im Jahre 1907: 2792. Das sind weniger 740 nämlich gleich 26,5 Proz. Die Zahl der an Arbeitskämpfen Beteiligten ist dagegen um 154 147 gleich 54,5 Proz. zurückgegangen (von 281 030 im 1907 auf 126 883 im 1908). Es enthielten demnach im Jahre 1907 auf jeden Arbeitskämpf 101 Beteiligte, 1908 dagegen nur 62 Beteiligte.

Von den 2652 Kämpfen waren Angriffsstreiks 678 gleich 33,1 Prozent, Abwehrstreiks 1117 gleich 54,1 Proz. und Ausperrungen 257 gleich 12,5 Proz. 1907 fanden statt: 1635 Angriffsstreiks, 834 Abwehrstreiks und 323 Ausperrungen. Es waren beteiligt 1908 an den Angriffsstreiks 39 187 Personen (1907 142 944), an den Abwehrstreiks 36 120 Personen (1907 33 318), und an den Ausperrungen 60 576 Personen (1907 101 738).

Die Zahl der Angriffsstreiks hat sich um 967 gleich 58,5 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 112 777 gleich 21,1 Proz. vermindert.

Es war von vornherein zu erwarten, daß unter den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1908 die Angriffsstreiks einen besonders starken Rückschlag aufzuweisen würden. In solchen Zeiten sind die Chancen der Angriffskämpfe für die Arbeiter ungünstiger und die Kämpfe für die Arbeiter verlustreicher. La ist es

nur ein Gebot taftlicher Klüften, die Waasmittel der Stamm...

Von den 675 Angehörigen wurden 140 mit 17 bis 28 Betr...

Sowen die angestrichelt, eine partei Verbandsauswahl...

Nicht in dem gleichen Ausmaß Verhältnis in der Zahl...

Von den 1117 Angehörigen des Jahres 1908 wurden 77...

Überdies beschränkt für unsere Partei in Gesellschaften...

In der Kassen wurde gegen den vom Internenrat...

Von den 4144 Angehörigen wurden 52 = 12,5 Proz. mit...

Gegen die Probe, waren Manifestation für die Inter...

Was diesem Manifest mit dem Internenrat, sich keine...

Der Zahl der Teilnehmer nach sind die Ausberungen im...

In 52 Kassen mit 122 Beteiligten über den Ausberungen...

Von den im Jahre 1908 aufgenommenen Ausberungen...

7. außer den Ausberungen die der Metallarbeiterverband...

Beteiligter gleich 81 Proz. erfolgreich und 81 Ausberungen...

Die Mampfe des Jahres 1908 verursachten eine Gesamt...

In den Mampfen waren 10 Verbände beteiligt, davon hatten...

Von den an der Mampfe beteiligten Personen konnte für...

Von den am Schluß des Jahres 1908 beendeten gewer...

Wasserbauarbeiter

In der letzten gewählten Versammlung der Wasserbau...

Notizen für Gasarbeiter

Tausen. Im Gaswerk I sind verhandelt worden 2000...

Häusnis und andere Annehmlichkeiten zuziehen. Man sind aber die Feuerleute meist Familienväter, die trachten müssen, im Interesse ihrer Familie zu leben. Um so mehr als die Stadt im Haushaltsfrage nichts für die Kollegen tut, wie es in anderen Städten durch Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Kranken- geld meistens geschieht. Schuld an diesem Zustande tragen die Arbeiter allerdings mit selbst durch ihre Uneinigkeit. Arbeitern, die gleichgültig und interesselos sind, glaubt man eben alles bieten zu können.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Berlin. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Werkstattdarbeiter der städtischen Wasserwerke vom 1. Oktober dieses Jahres ab die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der achtstündigen einzuführen, nachdem die gleiche Arbeitszeitver- fahrung für die Motorenarbeiter der Wasserwerke am 1. April dieses Jahres in Geltung getreten ist.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Berlin. Die Parlarbeiter hielten am 16. d. M. eine Protokollversammlung im „Englischen Garten“ ab. Sie sind ent- rüstet über die zahlreichen Entlassungen von Gärtnern und Arbeitern in der Parkverwaltung, die jüngsten weitere Entlassungen. Die besonders die alten Leute treffen. Es handelt sich dabei um Günstlingswirtschaft in verschiedenen Revieren, Willkür der Ober- gärtner und andere Missetätigkeiten. Der Lohn der Berliner Parkarbeiter ist sehr niedrig; die meisten erhalten die niedrigen Sätze von 3 M. bis 3,50 M. pro Tag; selten werden 4, 5 M., die höchsten Sätze, die erst nach langjähriger Tätigkeit erreicht werden können, bezahlt. Der Stadtv. Schulz (203) erklärte, daß er wiederholt über die Lage der Parkarbeiter mit dem Delegierten der Parkverwaltung, Pingenheimer Dr. Meide, gesprochen habe. Dieser habe ebenfalls die schlechte Lage der Arbeiter bedauert, aber erklärt, daß es an Mitteln fehle, Parkarbeiten vorzunehmen; innerlich vertritt er, für die Bewilligung von Mitteln eintreten zu wollen. Schulz wies darauf hin, wie die Parkarbeiter als Stief- kinder der Verwaltung gelten, weil sie nach der engherzigen Auf- fassung vieler „Stadtväter“ nicht einbringen, sondern nur Geld kosten. Der gesundheitsliche Wert und der Schmutz der Stadt durch die Parkanlagen gilt solchen Stadtvätern nichts. Von der Stadt Berlin könne man auch verlangen, daß sie als Arbeitgeber vorbild- lich sein sollte für jeden privaten Unternehmer. Statt dessen gibt man der städtischen Arbeitslosigkeit außerordentlich viele Gründe zu- schoben. In der Diskussion brachten die Kollegen noch manche Forderungen vor und schlugen sich bitter, daß es bei den hohen Beamten auf einige Tausend Mark Zulage im Gehalt jährlich nicht ankomme, bei ihnen aber jeder Pfennig genau verwahrt wird, und wenn sie auch mit ihrem städtischen Einkommen nicht zufrieden sein können, so sollten sie doch vor der plötzlichen Entlassung geschützt sein, denn vielen blüht kein anderer Ausweg, als die Armen- verwaltung um Unterstützung anzusuchen. Die folgende Resolution wurde angenommen: „Die am 16. September 1909 im „Englischen Garten“, Abends 8 Uhr, versammelten Gärtnern, Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren auf das schärfste gegen die in der letzten Zeit erfolgten umfangreichen Arbeiterentlassungen. Die Ver- sammelten beschließen, daß ihnen wiederholten Anträgen: „An Be- rücksichtigung der noch immer wachsenden Masse von Arbeiterent- lassungen abzusehen.“ mitzugesagt wurde. Die Versammelten ap- pellieren an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften, nach angelegtem des Winters Hunderte von Arbeitern und Arbeit- erinnen, die während des Frühjahrs und Sommers ihre Arbeits- kraft der Stadtverwaltung widmen, auf die Straße zu werfen und damit dem Hunger und Elend preiszugeben. Sie erwarten, daß die schon erfolgten Entlassungen rückgängig gemacht werden, oder die entlassenen Arbeiter in anderen städtischen Betrieben be- schäftigt werden. Die Versammelten beauftragen den Arbeiter- auschuß, die vorstehende Resolution der Deputation der städtischen Gärten und Parkanlagen, sowie dem Magistrat und dem Stadt- verwaltungsausschuß zu überreichen.“

Braunschweig. Daß in den städtischen Betrieben Praun- schweigs vieles nicht so ist wie es sein sollte, haben wir schon des- öfteren an dieser Stelle nachgewiesen. Auch dies-mal ist, so leid es uns auch tut, nicht viel Lebenswertes zu berichten. Wir werden aber damit nicht aufhören, denartige Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen, bis beim Gemein- gebieten ist. So besteht in fast allen städtischen Betrieben ein ausgeprägtes Straf- system. Die einzelnen angestellten Lohnen werden durch die ganz erheb- lichen Strafen bedeutend reduziert. Die Arbeiter wissen zwischen- mal einmal, warum sie Strafe bezahlen müssen. Jeder Laternen- wärter A. P. muß etwa Tag für Tag das schwarze Brett studieren, woran die Namen derjenigen Linder verzeichnet stehen, die Strafe erhalten haben. Wie leicht da die Arbeiter Strafe erhalten können,

dafür diene folgendes Beispiel. Ein Laternenwärter hatte sich beim Löschen etwas veripatet. Zeit wollte, der das Nebenrevier hatte, war daer behilflich, eine Laterne, die an sein Revier grenzte, zu löschen. Dieses wurde aber bemerkt und dafür wurde der Zimmer bestraft. Also weil er einen anderen vor Verschmutzung retten wollte, deswegen wurde er nun selbst bestraft. Mann es wohl etwas Unberechtigteres und Widerwärtigeres geben als ein derartiges Straf- system? Aber auch auf dem Wasserwerke haben die Arbeiter nicht gerade über allzuviel Milde und Wohlwollen zu- sagen. Hier wurden Arbeiter bestraft, die auch nicht wissen, was sie eigentlich verbrochen haben. Die Betriebsuhr zeigt im Gegen- satz zur Bahnuhr die Zeit 5 Minuten früher an. Nun muß morgens die Arbeit pünktlich nach der Betriebsuhr begonnen werden, aber am Abend soll die Bahnuhr tonangebend sein. Wer da- her am Abend den Betrieb pünktlich nach der Betriebsuhr verläßt und dann unterwegs noch das Haupt hat, einem Herrn der Ver- waltung zu begegnen, der wird ohne weiteres bestraft, da ja am Bahn- hof die Bahnuhr noch 5 Minuten vor zeigt. Warum wird hier nicht beim Beginn und Ende der Arbeitszeit ein Glocken- oder sonstiges Zeichen gegeben? Dann könnten Unrechtmäßigkeiten doch nicht vorkommen. Oder glaubt etwa die Verwaltung, daß der Lohn der Arbeiter zu hoch ist, so daß eine Reduzierung durch Strafen notwendig erscheint? Es ist unbedingt Pflicht der Stadt- verwaltung, denjenigen Beamten, die das Straf- system so ungerecht und rigoros anwenden, dieses Recht einfach zu entziehen. Die Stadtverwaltung ist der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich für alles, auch für das, was die Beamten tun. Ueberhaupt be- zogen rigorose Anwendung von Strafen durchaus noch nicht die Inhaftierung des betreffenden Beamten. Vielmehr liegt die Pflicht eines Betriebsleiters darin, den Betrieb auch ohne Strafen ord- nungsmäßig zu leiten. Auch in anderen städtischen Betrieben haben die Arbeiter Veranlassung genug zum Klagen. So vor allem auch bei der Straßenreinigung. Es ist ja auch nur zu selbst- verständlich, daß die Straßenreinigung für die Arbeiter kein Elend ist. Mümmern sich doch die Arbeiter hier selbst nicht einmal um ihre eigenen Interessen. Von der Organisation halten sich diese Arbeiter alle ängstlich fern, immer in dem Glauben, daß sie Arbeiter zweiter Klasse sind, für die das Koalitionsrecht nicht besteht. Natürlich sind die Arbeiter mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden. Es wird viel geschimpft, wenn es lemer hört, und die Faust in der Taube geballt. Dadurch werden aber besoun- dlich keine besseren Verhältnisse geschaffen und so bleibt es auch hier beim Alten. Die Arbeiter müssen doch schließlich zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur auf sich selbst angewiesen sind. Man kann doch wohl von der Stadtverwaltung nicht verlangen, daß sie auch noch die Interessen der Arbeiter wahrnehmen soll, um die sich die Betroffenen selbst nicht kümmern. Die Arbeiter müssen viel- mehr selbst ernstlich bestritt sein, diese unwürdigen Zustände so lange zu bekämpfen, bis darin eine Änderung eintritt. Von den völlig ungenügenden Löhnen anzulassen abgesehen, sind diese Verhältnisse allein schon Grund genug, sich zu organisieren. Gerade diese traurigen Zustände in den Betrieben und die schlechte wirt- schaftliche Lage fast aller städtischen Arbeiter beweisen doch dem Einzelnen jeden Tag aufs neue, wie dringend notwendig die enge Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte in einer Organisation ist. Die Arbeiter können sich den Vorurteilen der Zerplitterung eben- mal erlauben, da zur sie selbst dadurch geschädigt werden und die Verwaltung in dann der lachende Dritte. Die berufene Organi- sation der städtischen Arbeiter ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Darum hinweg mit aller Zerplitterung. Städtische Arbeiter Praunschweigs, beherzt die Worte Eures Ober- bürgermeisters: Durch den gewerkschaftlichen Kampf könnt ihr eure Forderungen geltend machen und nur dadurch eure Lage verbessern!

Berlin. Am 7. September fand im „Goldenen Löwen“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung für alle städtischen Arbeiter statt. Stadtwereidneter Genosse Heller referierte über: „Mon- tarmale Sozialpolitik“. Redner beirach alle sozialen Einrich- tungen, die zum Bestand einer modern verwalteten Stadt ge- hören müßten. Man kann nach den vielen Beispielen, die der Referent anführte, nicht gerade sagen, daß Berlin mit seiner kommunalen Sozialpolitik an hervorragender Stelle steht. Im Gegenteil! Auf diesem Gebiete bleibt noch außerordentlich viel zu tun. Der tiefere Grund für diese Minderwertigkeit auf sozialem Gebiet liegt eben darin, daß die herrschende Mehrheit in der Stadt- verwaltung kein Verständnis hierfür hat. Die Vertreter der modernen Kostung sind aber nicht nur in kleiner Anzahl vertreten, sie sind auch von den wichtigsten Deputierten ausgeschlossen. Darin liegt es auch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Magistratsarbeiter so unbefriedigende sind. Zur Arbeiter- forderungen ist ja niemals Geld vorhanden. Wenn jedoch über- den Manneszahlerverweim oder Pensionklub etwas veranfaßt oder wenn es gilt, den arg erkranketen Wang des Sebaufsch- ummels wieder aufzufischen, da greift man tief in denbeutel, ohne erst danach zu fragen, wo das Geld herkommt. Wenn Sie deshalb wollen,“ so schloß der Redner, „daß diese Zustände bestritt werden, daß vor allen Dingen Ihr Arbeitsverhältnis ein besseres werde, dann müssen Sie alle ohne Ausnahme bei den bevor-

Kienius und andere Anwälte zugeben. Man sind aber die Rechte nicht Familienverträge, die manchen müssen, im Interesse ihrer Familie gehend zu werden. Man so mehr als die Stadt im Ansehenfall mehr für die Mitleiden tut, wie es in anderen Städten durch Zahlung der Differenz zwischen Lohn und strengen Geld meistens geschieht. Schuld an diesem Zustande tragen die Arbeiter allerdings mit sehr durch ihre Inkompetenz. Arbeitern, die gleichgültig und interesselos sind, glaubt man eben alles bieten zu können.

◆ **Aus den Stadtparlamenten** ◆

Berlin. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung Beschlüsse für die Werkstattarbeiter der städtischen Wasserwerke vom 1. Oktober dieses Jahres ob die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der zehnstündigen einzuführen, nachdem die gleiche Arbeitszeitverlängerung für die Melonnenarbeiter der Wasserwerke am 1. April dieses Jahres in Geltung getreten ist.

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Berlin. Die Parkarbeiter hielten am 16. d. M. eine Protokollversammlung im „Englischen Garten“ ab. Sie sind entrüstet über die zahlreichen Entlassungen von Gärtnern und Arbeitern in der Parkverwaltung; sie fürchten weitere Entlassungen, die besonders die alten Leute treffen. Es handelt sich dabei um Günstlingswirtschaft in verschiedenen Revieren, Willkür der Oberintendanten und andere Missetatigkeiten. Der Lohn der Berliner Parkarbeiter ist sehr niedrig; die meisten erhalten die niedrigen Sätze von 3 M. bis 3,50 M. pro Tag; selten werden 4-5 M. die höchsten Sätze, die erst nach langjähriger Dienstzeit erreicht werden können, bezogen. Der Stadtv. Schulz (Soz.) erklärte, daß er wiederholt über die Lage der Parkarbeiter mit dem Dezernenten der Parkverwaltung, Bürgermeister Dr. Meide, gesprochen habe. Dieser habe ebenfalls die schlechte Lage der Arbeiter beklagt, aber erklärt, daß es an Mitteln fehle, Parkarbeiten vorzunehmen; immerhin versprach er, für die Bewältigung von Mitteln einzutreten zu wollen. Schulz wies darauf hin, wie die Parkarbeiter als Strafmittel in der Verwaltung gelten, weil sie nach der engherzigen Auffassung vieler „Stadtreicher“ nichts einbringen, sondern nur Geld kosten. Der gesundheitsliche Wert und der Schmutz der Stadt durch die Parkanlagen gilt solchen Stadtreichern nichts. Von der Stadt Berlin könne man auch verlangen, daß sie als Arbeitgeber vorbildlich sein sollte für jeden privaten Unternehmer. Statt dessen gibt man der städtischen Verwaltung unverhältnismäßig viele Gründe zu schlagen. In der Diskussion fragten die Kollegen nach manche Beschwerden vor und schlugen sich bitter, daß es bei den hohen Beamten ein einziges laienhaftes Wort zulasse im Gehalt jährlich nicht entnehme, bei denen aber jeder Pfennig genau berechnet wird, und wenn sie auch mit ihrem lächerlichen Einkommen nicht zufrieden sein können, so helfen sie doch vor der plebsischen Entlassung geschützt sein, denn wenn nicht sein anderer Ausweg, als die Armenverwaltung um Unterstützung anzusuchen. Die folgende Resolution wurde angenommen: Sie am 16. September 1909 im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a, versammelten Gärtnern, Arbeitern und Arbeiterinnen protestieren auf das schärfste gegen die in der letzten Zeit erfolgten umfangreichen Arbeiterentlassungen. Die Versammelten erklären, daß ihnen wiederholten Aufträgen: An Berücksichtigung der noch immer wirkenden Miße von Arbeitsverhältnissen entgegen,“ nicht stattgegeben wurde. Die Versammelten unterstützen an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften, mit angesichts des Winters Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, die während des Anstehens und Sommers ihre Arbeitskraft der Stadtverwaltung widmen, auf die Straße zu werfen und damit dem Winter und Elend preiszugeben. Sie erwarten, daß die oben aufgeführten Entlassungen nachahmlich gemacht werden, oder die entlassenen Arbeiter in anderen städtischen Betrieben beschäftigt werden. Die Versammelten beantragen den Arbeiterausschuß, die vorstehende Resolution der Deputation der städtischen Gärten und Parkanlagen, sowie dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen.“

Braunshweig. Daß in den städtischen Betrieben Braunschweigs vieles nicht so ist wie es sein sollte, haben wir schon des öfteren an dieser Stelle nachgewiesen. Auch diesmal ist, so leid es uns auch tut, nicht viel Besseres zu berichten. Wir werden aber damit nicht aufhören, denjenigen Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen, die hierin Remedur geschaffen ist. So besteht in fast allen städtischen Betrieben ein ausgeprägtes Strafsystem. Die einzelnen angemessenen Löhne werden durch die ganz erheblichen Strafen bedeutend reduziert. Die Arbeiter müssen zweifeln nicht einmal, warum sie Strafe bezahlen müssen. Jeder Vatermann warnt A. B. nun, er ist ein Tag für Tag das schmutzige Brett studieren, man die Namen derjenigen Zünder verzeichnet haben, die Strafe erhalten haben. Wie leicht da die Arbeiter Strafe erhalten können,

dafür diene folgendes Beispiel. Ein Laternenwärter hatte sich beim Zünden etwas veripatet. Beim Mollat, der das Nebengebiet hatte, war daher behelflich eine Laterne, die an sein Messer grenzte, zu löschen. Dieses wurde aber bemerkt und dafür wurde der Zünder bestraft. Also weil er einen anderen vor Verletzung retten wollte, deswegen wurde er nun selbst bestraft. Stamm es wohl etwas Ungerechteres und Widerwärtigeres geben als ein derartiges Strafsystem? Aber auch auf dem Wasserwerke haben die Arbeiter nicht gerade über allzuviel Milde und Wohlwollen zu klagen. Hier wurden Arbeiter bestraft, die auch nicht wissen, was sie eigentlich verbrochen haben. Die Betriebsuhr zeigt im Gegensatz zur Fahruhr die Zeit 5 Minuten früher an. Nun muß morgens die Arbeit pünktlich nach der Betriebsuhr begonnen werden, aber am Abend soll die Fahruhr sonabend sein. Wer daher am Abend den Betrieb pünktlich nach der Betriebsuhr verläßt und dann unterwegs noch das Haupt hat, einem Herrn der Verwaltung zu begegnen, der wird ohne weiteres bestraft, da ja am Bahnhof die Fahruhr noch 5 Minuten vor zeigt. Warum wird hier nicht beim Beginn und Ende der Arbeitszeit ein Glocken oder sonstiges Zeichen gegeben? Dann könnten Unrechtmäßigkeiten doch nicht vorkommen. Oder glaubt etwa die Verwaltung, daß der Lohn der Arbeiter zu hoch ist, so daß eine Reduzierung durch Strafen notwendig erscheint? Es ist unbedingt Pflicht der Stadtverwaltung, denjenigen Beamten, die das Strafsystem so ungerecht und rigoros anwenden, dieses Recht einfach zu entziehen. Die Stadtverwaltung ist der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich für alles, auch für das, was die Beamten tun. Ueberhaupt beweist rigoreuse Anwendung von Strafen durchaus noch nicht die Tüchtigkeit des betreffenden Beamten. Vielmehr liegt die Tüchtigkeit eines Betriebsleiters darin, den Betrieb auch ohne Strafen erdennungsmaßig zu leiten. Auch in anderen städtischen Betrieben haben die Arbeiter Veranlassung genug zu klagen. So vor allem auch bei der Straßenreinigung. Es ist ja auch nur zu selbstverständlich, daß die Straßenreinigung für die Arbeiter kein Eldorado ist. Mümmern sich doch die Arbeiter hier selbst nicht einmal um ihre eigenen Interessen. Von der Organisation halten sich diese Arbeiter alle ängstlich fern, immer in dem Glauben, daß sie Arbeiter zweiter Klasse sind, für die das Koalitionsrecht nicht besteht. Natürlich sind die Arbeiter mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden. Es wird viel geschimpft, wenn es leiser hört, und die Faust in der Tasche geklopft. Dadurch werden aber bekanntlich keine besseren Verhältnisse geschaffen und so bleibt es auch hier beim Alten. Die Arbeiter müssen doch schließlich zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur auf sich selbst angewiesen sind. Man kann doch wohl von der Stadtverwaltung nicht verlangen, daß sie auch noch die Interessen der Arbeiter wahrnehmen soll, um die sich die betreffenden selbst nicht kümmern. Die Arbeiter müssen vielmehr selbst ernstlich bestrebt sein, diese unangenehm Zustände so lange zu bekämpfen, bis darin eine Besserung eintritt. Von den völlig ungenügenden Löhnen ganz abgesehen, sind diese Mißstände allein schon schlimm genug, sich zu organisieren. Gerade diese traurigen Zustände in den Betrieben und die schlechte wirtschaftliche Lage fast aller städtischen Arbeiter beweisen doch dem Einzelnen jeden Tag aufs neue, wie dringend notwendig der enge Zusammenhalt aller vorhandenen Kräfte in einer Organisation ist. Die Arbeiter können sich den Luxus der Zerplitterung eben nicht erlauben, da nur sie selbst dadurch geschützt werden und die Verwaltung in dann der lächerliche Tritte. Die berufene Organisation der städtischen Arbeiter ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Darum hinweg mit aller Zerplitterung. Städtische Arbeiter Prämienbewerger, beherzigt die Worte Eures Oberbürgermeisters: Durch den gewerkschaftlichen Kampf könnt ihr Eure Forderungen geltend machen und nur dadurch Eure Lage verbessern!

Hörsing. Am 7. September fand im „Goldenen Löwen“ eine auf beidseitige öffentliche Versammlung für alle städtischen Arbeiter statt. Stadtv. Meißner Genosse Heller referierte über: „Sozialpolitisches Sozialpolitik“. Redner be sprach alle sozialen Einrichtungen, die zum Reizstand einer modernen verwalteten Stadt gehören müßten. Man kann nach den vielen Beispielen, die der Referent anführte, nicht gerade sagen, daß Recht mit seiner kommunalen Sozialpolitik in hervorragender Stelle steht. Am eigentlich Auf diesem Gebiete bleibt noch unproportional viel zu tun. Der beste Grund für diese Nachlässigkeit auf sozialem Gebiet liegt eben darin, daß die herrschende Meinung in der Stadtverwaltung kein Verständnis hierfür hat. Die Referenten der modernen Abhängigkeit sind aber nicht nur in kleiner Anzahl vertreten, sie sind auch von den wichtigsten Deputationen ausgeschlossen. Daran hat es auch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Magistratsarbeiter so unbefriedigend sind. Für Arbeiterbedürfnissen ist ja niemals etwas vorhanden. Wenn jedoch irgend ein Normenbestimmungs oder Bestenfalls etwas veranlaßt oder wenn es gilt, den arg erkrankten Mann des Soldaten sammeln, weder aufzuführen, da greift man hier in den Beutel, ohne ein Wort zu sagen, wo das Geld herkommt. Wenn Sie deshalb wollen,“ so ist der Redner, daß diese Zustände beseitigt werden, daß bei allen Tugenden Ihr Arbeitsverhältnis ein besseres werde, dann müssen Sie alle ohne Ausnahme bei den bevor-

Rehenden Stadtverordneten wählen Ihre Pflicht tun. Sie müssen Leute wählen, welche die Gewähr bieten, daß die kommunale Sozialpolitik eine bessere wird." Kollege Freißler Dresden ergänzte die Ausführungen des Referenten und verwies ganz besonders darauf, daß die Löhne der örtlichen Magistratsarbeiter seit zwei Jahren keine Aufbesserung erfahren hätten, obgleich während dieser Zeit der Lebensunterhalt ganz erheblich teurer geworden sei. Er verwies ferner auf den brutalen Gewaltstreik vom Herbst vorigen Jahres, wo der Magistrat die Arbeiter der Straßenreinigung zwang, ihre auf eine Petition gegebenen Unterschriften wieder zurückzugeben. Dieser einzige dahnende Vorgang zeugte am besten für die ungebührliche Mißhandlung in sozialer Beziehung. Gerade die Herren, die stets und häufig behauptet, ihre eigene Stellung zu verbessern und in diesem Streben Korrekturen stellen, gegen welche die Arbeiterforderungen als ganz minimal erschienen, schreien über unerträgliches Vergehrtät der Arbeiter. Allerdings sollte er die Arbeiter selbst auch nicht von aller Schuld freisprechen. Anstatt gemeinsam und geschlossen vorzugehen, krippten sie ihre Stärke in verschiedenen Vereinen. So haben es im Herbst vorigen Jahres einige Bergleute für notwendig erachtet, einen "Gewerksverein der Straßenreiner" zu gründen, der nicht leben und nicht sterben kann, aber doch eine feste Keilungsfläche bildet. Hinter verschlossenen Türen haben diese Luertreiber auch in den letzten Wochen erst wieder ein Petitionsgesuch an den Magistrat abgeschickt. Die Herren Gewerkschaftler haben damit bewiesen, daß sie von einem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen wollen. Sie wollen für sich im Dunkeln stehen. Ein solches Verhalten sei höchst verwerflich, es sei Arbeiterverrat. Diese Meinungsäußerung ihres Tuns warnte die anwesenden Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung, die Herren Stein und Großer, welche größer ganz gewaltig. Mit allerhand Redensarten wollten sie die Schuld an der Zersplitterung dem Kollegen Freißler aufhalsen. Doch wie steht es damit? Die Aktive des Orts des Gemeindearbeiterverbandes besteht hier am Orte bereits seit dem Jahre 1902. Steht in der Verband für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter eingetreten und keinem Eingreifen ist es zu danken, daß verschiedene Verbesserungen eingeführt wurden. Die Vorteile, welche der Gemeindearbeiterverband für seine Mitglieder in einem Jahre erreichte, hat die gesamte städtische Gewerkschaftsbewegung seit ihrem ganzen Bestehen nicht aufzuweisen. Das wissen auch die Herren Stein und Großer ganz genau. Doch sie wollen sich eben eine Ertraktur leisten zum Schaden ihrer selbst. Zu bedauern sind nur die Kollegen, welche ihnen blindlings Gefolgschaft leisten. — Der Vorsitzende legte eine Resolution vor, welche den Gemeindearbeiterverband beauftragt, dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium in ausföhrlicher Weise die zwingende Notwendigkeit einer den veränderten Verhältnissen angemessenen Löhnerhöhung darzulegen und um recht baldige Erledigung der Sache zu ersuchen. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung kam es recht deutlich zum Ausdruck, daß die Kader vom Gewerksverein von einem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen wollen. Sie veranlaßten ihre Gefolgschaft, sich der Stimme zu enthalten, ein Teil stimmte direkt dagegen. Kollege Freißler machte dies gehörig felt und redete den Kollegen eindringlich ins Gewissen, die unkluge Kripplertung und gegenseitige Bekämpfung aufzugeben. Nur durch gemeinsames geschlossenes Vorgehen können wir vorwärts kommen.

Hamburg. Unsere gut besuchte Mitgliederversammlung am 15. September nahm zunächst den von Schönberg erstatteten Bericht über den geschäftlichen Stand des Gewerkschaftsbundes entgegen. Der Bericht erstreckte sich auf das erste Halbjahr 1905. Im Vergleich zu den entsprechenden Zeiten der Vorjahre sieht gegenwärtig die geschäftliche Bilanz des Unternehmens sehr günstig. Zur Frage der Gehaltsordnung für die Angestellten der Aktive wurde beschlossen: "Die Sekretäre und der Hauptkassierer erhalten Gehaltserhöhung. Angestellte Hilfsarbeiter werden besoldet nach der für diese Kategorie bestimmten Gehaltsstufe. Für die gegenwärtig Angestellten kommt der betreffende Beschluß des Dresdener Verbandstages in jeder Hinsicht zur Anwendung." Alle weitergehenden Anträge wurden abgelehnt. Den Aktive Kollegen sind zur weiteren außerordentlichen Unternehmung noch 1000 M. überlassen worden. Die Sammlungen für die streikenden schwebenden Arbeiter haben jetzt 2000 M. eingebracht. Dazu bemerkte Schönberg, im Verhältnis zu unserem großen Unternehmenseis sei die Summe zu gering. Viele hätten ihre solidarische Pflicht nicht erfüllt. Dem Vorstehende wurde anbefohlen, in der nächsten Versammlung referieren zu lassen über: "Die neue Steuerlast und immer noch und in welcher Weise wir dieselbe zurückzahlen können." Die Entschlossenheit zum Entschlossenheit, das am Sonntag, den 17. Oktober, im Gewerkschaftshaus stattfindend, sollen für Herrn 50 Pf. und für Herrn 20 Pf. kosten. (Gelderhebe und alles andere in Lösung.)

Darmstadt. In der am 11. September hier stattgefundenen Mitgliederversammlung hat Kollege Kretzner einen mit Verfall aufgenommenen Vortrag über "Die Sozialpolitik der Gemeinden im Licht der moralischen Prinzipien". Der Redner betonte in seinem Vortrage, daß die Gemeinden bis zur Gründung des Gemeindearbeiterverbandes sehr wenig Sozialpolitik getrieben hätten. Dazu nicht etwa, um der Arbeit ein sozialer Durchbruch zu güt-

kommen zu lassen, sondern um sie bei möglichst niedrigen Löhnen in ihren Betrieben zu fesseln. Des Weiteren führte der Redner an der Hand von Statistiken den Ansteigen vor Augen, wie in den letzten zehn Jahren die Preise der Gebrauchsgüter sowie Feuer- und Wohnungsmieten in die Höhe geschossen sind, während die Arbeitslöhne fast dieselben blieben. Darum forderte er die Kollegen auf, sich immer fester zusammenzuschließen, um auch hier Abhilfe zu schaffen. In "Verständlichem" gab der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege A. Müller vom Elektrizitätswerk infolge eines Unfalls verkränkt ist. Ihm wurde durch Erheben von den Plänen die letzte Ehre erwiesen. Des ferneren wurde der Vorschlag gemacht, den im Streit stehenden städtischen Arbeitstrudern 50 M. aus der Aktivakasse zu bewilligen. Dies wurde einstimmig angenommen.

Wesien. Die Radfahrer-Dresdens elbwärts, beschäftigt in ihren Betrieben eine ansehnliche Zahl von Arbeitern. Im Laufe dieses Sommers gelang es uns, mit diesen Kollegen Abklärung zu erhalten. Einige wenige sind auch Mitglieder unseres Verbandes geworden. Eine große Zahl der städtischen Arbeiter jedoch ist in anderen Verbänden organisiert, während der letzte Teil noch in seiner Unorganisiertigkeit dahinkommt. Diese Umstände lassen es wohl erklärlich erscheinen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in vieler Beziehung sehr verbesserungsbedürftig sind. Wohl sind in den letzten Jahren die Löhne um einige Prozente aufgehoben worden. Doch dieses ist dem energischen Eingreifen der sozialdemokratischen Stadtverordneten zuzuschreiben. Und trotzdem bleibt die Stadt mit ihren Löhnen noch hinter den Privatunternehmern zurück. Bezeichnend für den Geist, der die städtische Stadtverwaltung erfüllt, ist folgende Tatsache: Im April beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Löhne der Arbeiter von 32 auf 34 Pf. pro Stunde zu erheben. Doch dieser Beschluß ist bis heute noch nicht durchgeführt worden. Und warum wohl nicht? Weil die Arbeiter in Privatbetrieben, auf Wochen und keine Löhnerhöhung erhielten, ergo dürfen auch die städtischen Arbeiter keine erhalten. Das ist auch ein Grund! Als aber das Gehalt des Bürgermeisters von 8000 auf 12000 M., also um 4000 M. erhöht wurde, da hat man sich den obengenannten Grundsatze nicht zu eigen gemacht. Man hat auch den übrigen Vätern der Stadt die Gehälter erhöht. Nur die Arbeiterlöhne kann man nicht erhöhen, weil ja sonst die Stadt daran zu viel bezahlte, als die Privatbetriebe. Wo solche Grundätze herrschen, da ist es nicht verwunderlich, daß auch andere Dinge im Auge liegen. So wird für Arbeiterstunden und für Nachtarbeit kein Zuschlag gezahlt. In einem ordnungsmäßigen Betrieb, der städtische Arbeiterzeitungen können sich die meisten Privatbetriebe auch nicht gewöhnen. Sie geben überhaupt kein Zeichen, wenn Arbeiter sind. Wohl es ein Arbeiter aber, selbst Arbeit zu machen, dann gibt es Mühsamkeit, Arbeit und verdient die Behandlung, welche die verdienstliche Vorgabe der Arbeiter angeben lassen, einmal in richtige Acht geracht zu werden. Es ist alles anders, nur nicht human. Als einmal die Kolonne nicht stimmte, was öfter vorkommen soll, und ein Arbeiter Anstand über seinen Vorgesetzten wollte, da kam er bei dem Herrn schon an. "Ihr Meile kommt den Hals nicht voll genug bekommen." So lautet es heftlich von den Lippen des gehässigen Herrn! In sozialen Einrichtungen, als Sommerurlaub, Differenzial, Anbelohn, Urlaub u. s. w. ist nichts vorhanden. Nur in der Gesamtheit erhalten die Arbeiter nach 5 Jahren drei Tage Urlaub. Der Abtrittentag ist allerdings seit April 1905 hier eingeführt, doch hat man versucht, durch große Ausnutzung der Arbeitskraft die Vorteile der verkürzten Arbeitszeit wieder illusorisch zu machen. Eine gründliche Reform des gesamten Arbeitsverhältnisses ist unerschließlich. Darum muß systematisch gearbeitet werden. Das kann aber nur geschehen, wenn sich die städtischen Arbeiter in ihrer eigenen Organisation, im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zusammenschließen. Nur unsere Organisation ist wie keine andere, selbst noch so große, in der Lage, sich so eingehend und deshalb so wirksam mit der Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter befassen zu können. Darüber können wir zusammenhängend zu jeder Zeit den Radweg eintreten. Darum, ihr städtischen Arbeiter von Wesien: Sehen in den Gemeindearbeiterverband.

Hürnberg. In den letzten Wochen verhielt sich einige städtische Gewerkschaftler und Agitatoren in Nürnberg eine Gruppe des Reichsverbandes mit dem langen Namen zu gründen. Es fanden zu diesem Zwecke zwei Versammlungen statt, die aber für die Christen sehr wenig Erfolg hatten. In der letzten Versammlung trat ein Mann auch der städtischen Arbeiterführer vor. Das Wort, daß ihnen ihn zu untere haben Bruder in Christo ganz gewaltig aufbrachte. Zwar die Kräfte dieser Leute halten dazu. Darüber entschloß sich, ergründete, nur doch am 11. September eine allgemeine Versammlung städtischer Arbeiter mit der Tagesordnung: "Ist in Nürnberg eine städtische Organisation städtischer Arbeiter nötig?" Der Abend war sehr schön. 56 Mann, davon 19 untere stellten sich, 15 Christen und 17 andere waren Anhänger der städtischen Arbeiter und des Reichsverbandes. Der Bericht zeigte, daß sich die große Mehrzahl der städtischen Arbeiter Reichsverband nicht um die paar Christen kümmert, denn unter den Christen sind 15 von nicht ein einziger städtischer Arbeiter. Als nun die Versammlung um 9 Uhr geschlossen wurde, übernahm ohne weiteres der

Während der Hochkonjunktur verteidigte und erklärte man mit der steigenden Kaufkraft der Bevölkerung und der starken Nachfrage; jetzt, wo die Arbeiterkassen schon lange unter den Folgen der Krise leiden, wo sie ihren Konsum hat einschränken müssen, weil die Einkommen zurückgegangen, hielten aber die Lebensmittelpreise nicht, im Gegenteil, teilweise haben sie heute sogar höher als in der Zeit besserer Wirtschaftslage. Dieser Tag geben wir einen Überblick über die Steigerung der Preispreise, jetzt lassen wir einige Angaben folgen über die Veränderung der Preise verschiedener anderer Lebensmittel. Es steheten nach den Angaben der jährlichen Marktallendirektion in Berlin Anfang September:

Wohlfahrt	1917	1918	1919	in 1900 höher
	M.	M.	M.	gegen 1907
Eisweine 50 kg	67,00	67,00	77,00	14,92 Proz.
Landweier unfortiert 50 kg	3,80	3,50	4,20	10,52 "
große Schokolade	4,00	4,50	4,80	20,00 "
Butter I 50 kg	120,00	123,00	128,00	6,66 "
II	117,00	119,00	118,00	— "
abfallende	95,00	104,00	103,00	8,42 "

Netzt hat der schwarze Hölz dafür gesorgt, daß dem Volk Bier, Kaffee, Tee, Streichhölzer auch noch ordentlich verteuert werden. Was die Arbeiterkassen in mühevollen Kämpfen dem Unternehmer abrinnt, das jagen ihr die Rentnermacher auf dem Wege politischer Schanapphabeerei zum großen Teile wieder ab. So wird's bleiben, so lange noch große Massen Proletarier den bürgerlichen Parteien Wahlfolgenschaft leisten.

Gibt es wirksame Trunksuchtmittel?
Hieran gibt das vom Kaiserl. Gesundheitsamt bearbeitete „Gehand. Verordnungsblatt“ in seiner 12. Ausgabe vom 13. Auflage von 1908 folgende Antwort: „Arzneimittel, deren Anwendung allein von der Trunksucht zu befreien vermag, gibt es nicht; auch von den hierfür vielfach angegebenen, meistens recht kostspieligen Kellern- und Gichtmitteln darf man keinen Erfolg erwarten. Die Behandlung ausgebreiteter Trunksucht geschieht am besten in einer der hierfür besonders eingerichteten Anstalten“. Der Rat der Aufnahme in eine Anstalt ist freilich wertlos, so lange solche Anstalten nicht unentgeltliche Aufnahme gewähren. Hier könnten die Landesversicherungsanstalten eingreifen. Sie handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie der Bekämpfung der Trunksucht in ihren Ursachen und Wirkungen Aufmerksamkeit schenken. Denn jeder Trinker ist in Gefahr, frühzeitig invalide zu werden und damit der Versicherung anheimzufallen. Die Versicherungsanstalt für die Rheinprovinz ist auf dem Wege zu unentgeltlicher Aufnahme in Anstalten. Der Vorstand dieser Landesversicherungsanstalt gewährt: 1. jeder Trinkerinsozialstelle ihres Reiches eine namhafte Jahresbeihilfe; 2. jedem versicherten Trinker nach einem gewissen Versicherungszeitraum die Beihilfe des Heilwerkes in einer entsprechenden Anstalt; 3. jedem Abstinenzverein für solche getauften Trinker, die mit seiner Hilfe befreit oder durch ihn nach der Anstalt vor Rückfall dauernd bewahrt geblieben sind, Jahresprämien.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin fordert die arbeitenden Frauen auf, sich diesem Bildungsverein anzuschließen. Er tagt jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat im „Neuen Klubhaus“, Kommandantengraben 72, und hat für diesen Winter unter anderem folgende Programme aufgestellt: Am 6. Oktober: „Der Vater Hans Thoma und seine Stellung in der modernen Kunst“. (Mit Lichtbildern.) Referent: Dr. Max Döbner. Am 20. Oktober beginnt ein Zyklus von fünf Vorträgen über: „Theorie und Praxis der Erziehung“. Referent: Heinrich Schulz. 20. Oktober: „Zur Geschichte des Erziehungsweesens“. 3. November: „Theoretische Grundbegriffe und Hilfsmittel der Erziehung“. 17. November: „Die häusliche Erziehung“. 1. Dezember: „Die öffentliche (Schul-) Erziehung“. 15. Dezember: „Erziehung und Sozialismus“. Am Sonntag, den 5. Dezember, veranstaltet der Verein nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses für die Kinder der Berliner Arbeiterkassen einen Mädchen Nachmittag. Im Anschluß daran erfolgt die Eröffnung der Ausstellung von Jugendliteratur. Am 29. Dezember: Weihnachtsfeier mit Sünden.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalkommunisten und Gemeindefortschrittler. Herausgeber: Dr. Albert Säckmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 37-39. Vierteljährlich nur 3,- M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.
Der Arbeitsmarkt. Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktforschung. Herausgeber Prof. Dr. F. Jastrow, Berlin. Verlag von Georg Meiner. Nr. 11 des 12. Jahrg.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Meiner, Berlin. Nr. 12 des 14. Jahrgangs.

Jahrbuch 1909 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Selbstverlag des Verbandes, Berlin C., Neue Friedrichstr. 2. Großformat 312 Seiten. Gebunden 2,50 M., broschiert 2 M. pro Exemplar.

Sozialistische Theaterstücke. Die unter diesem Titel erscheinende Serie von Lustspielen, Schwänken, Schauspielen usw., welche sich besonders zur Aufführung bei Arbeiterfesten jeder Art eignen, ist durch zwei neu erschienene Stücke vermehrt worden, und zwar: „Mittler Schneidigs Abenteuer“, Schwank in zwei Akten von M. Mübezahl und „Im Kampf ums Dasein“, Einakter von M. Mübezahl. Außerdem ist „Der entlarvte Spindel“, Monödie in zwei Akten aus der Zeit des Sozialistengesetzes von C. M. Scandola in zweiter verbesserter Auflage erschienen. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sendet Interessenten gern gratis einen Spezialkatalog und gibt auf Anfragen jede gewünschte Auskunft.

Die Rechtsprechung in Unfallrentenstreitigkeiten. Von Hermann Müller. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis gebunden 3 M. Genosse Robert Schandl veröffentlicht im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgende Besprechung: „Allen, die mit der Unfallversicherung zu tun haben, besonders unseren Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitersekretären, wird das Buch sehr gute Dienste leisten. Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes aus den amtlichen Nachrichten, den Zeitschriften der Berufsvereinigungen und dem Material, das ihm als Sekretär im Zentralarbeitersekretariat zur Verfügung stand, kurz im Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben. Ein sehr detailliertes Sachregister erleichtert die Auffindung einer besonderen Entscheidung aus dem reichen Material, das hier zusammengetragen ist. Deswegen, dem die amtlichen Nachrichten nicht zur Verfügung stehen, wird gern bei Verhandlung von Ansprüchen auf Grund der Unfallversicherungsstatute auf das hier gebotene Material zurückgreifen und viel Zeit und Mühe sparen. Die amtlichen Nachrichten sind mittlerweile so umfangreich geworden, enthalten auch eine Anzahl längst überholter Entscheidungen, daß die Nachsicherung nach einer punktuellen Entscheidung in einer stützigen Frage mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist. Hier gilt das Buch von Hermann Müller eine schnelle und sichere Anleitung, und es dürfte sich wohl bald in den Büros der Gewerkschaften, Maschinenstellen und Arbeitersekretariaten einführen.“

Religion, Kirche und Sozialdemokratie. Verlag G. Vriel u. Co. m. b. H. in München. Die Schrift enthält in der Hauptsache eine Rede, welche Kaiser Achen im Gewerkschaftsaus zu Bremen hielt und die auf eine Polemik zwischen unseren Parteiorganen in Hannover und Bremen über den Punkt 6 des Programms zurückzuführen ist. Der billige Preis von 30 Pf. für die gut ausgestattete Schrift macht deren Anschaffung weiten Kreisen möglich.

◆ Veriammlungskalender ◆
München. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Café Neel“ statt. Referent: Kollege Emil Dittmer Berlin.

Totenliste des Verbandes.
Joh. Brockmüller, Hamburg
† 8. 9. 1909, 69 Jahre alt.
Friedrich Müller, Hannover
Elektrizitätswert
† 9. 9. 1909, 22 Jahre alt.
Christian Diebold, Alm
Zubehörer
† 11. 9. 1909, 60 Jahre alt.
Josef Hartshlag, München
Weichenbau
† 11. 9. 1909, 50 Jahre alt.
Karl Linb, Berlin
Glaserwert Ziegel
† 12. 9. 1909, 31 Jahre alt.
Friedrich Scheer, Breslau
Märker
† 14. 9. 1909, 43 Jahre alt.
Ednard Lecomte, Straßburg i. Elz.
Straßenreiner
† 17. 9. 1909 im Alter von 49 Jahren.
Ghre ihrem Andenten!